

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Landtags

Aktuelle Stunde

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 19. März 2026 eine Aktuelle Stunde zum Thema

„Den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen – Problemwölfe zum Abschuss freigeben“

beantragt.

Begründung:

„Neun Pferde und fünf Rinder wurden neben sechs Schafen seit Jahresbeginn bis Anfang März von Wölfen gerissen, ein weiteres Pferd wurde verletzt, so die nüchterne Statistik des Thüringer Umweltministeriums.“ So beginnt ein Artikel in der Tageszeitung Thüringer Allgemeine vom 13. März 2026.

Diese Zahlen sprechen ein eindeutiges Bild. Die Schäden durch die Rückkehr des Wolfs nehmen zu. Auch in der Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten zur Zukunft der Schafhaltung in Thüringen wurden diese Probleme von den Anzuhörenden benannt. Die Weidetierhaltung in Thüringen muss auch künftig als Teil unseres ländlichen Raums erhalten bleiben können, ohne durch immer höhere Auflagen zum Weideschutz in ihrer Wirtschaftlichkeit bedroht zu werden.

Die Rückkehr des Wolfs, auch wenn diese grundsätzlich positiv zu bewerten ist, führt zu erheblichen Konflikten mit der Bevölkerung und insbesondere den Weidetierhaltern. Der Bund erkennt mittlerweile den günstigen Erhaltungszustand der zentraleuropäischen Wolfspopulation als gesichert an und hat in Folge dieser Erkenntnis das Bundesjagdgesetz angepasst, um den Wolf als jagdbare Art festzulegen. Gleichzeitig wurde der § 45a des Bundesnaturschutzgesetzes gestrichen.

Es wird Zeit, dass sich Thüringen ein realistisches und länderübergreifend abgestimmtes Wolfsmanagement auferlegt, welches sowohl den Schutz der Art als auch die berechtigten Interessen der Weidetierhalter berücksichtigt. Die bundesrechtlichen Möglichkeiten zur Bejagung von Wölfen müssen umgehend in Thüringen Anwendung finden.

Darüber hinaus gilt es, invasive und problembehaftete Arten stärker in den Fokus der Jagdpolitik zu nehmen, zum Beispiel Goldschakal, Biber, Fischotter, Graugänse, Kormorane oder Waschbären. Diese Aufzählung ist dabei nicht als abschließend anzusehen.

Es bedarf einer ganzheitlichen Strategie, wie das Gleichgewicht der Arten und die heimische Fauna künftig besser geschützt sowie auf Problemlagen, welche durch Neozoen auftreten, unbürokratisch reagiert werden kann.

Dr. Thadäus König
Präsident des Landtags